

A 83-3661

Leitsätze

zum

Wirtschaftsprogramm

der

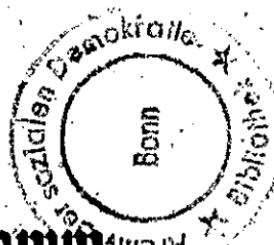
Sozialdemokratischen Partei

Die Zeit ist heute reif, den Sozialismus zur Angelegenheit des ganzen Volles zu machen. Eine sozialistische Bewegung, die das ganze Volk erfassen will, muß daher ein Programm für Arbeiter, Bauern, Handwerker, Angestellte, Gewerbetreibende und geistige Berufe entwickeln. Diese Schichten stehen in einem natürlichen Gegensatz zu jener kleinen, aber mächtigen Ausbeuterschicht, die dank ihrem Massenmonopol einen unverhältnismäßig großen Teil des gesellschaftlichen Reichtums an sich zu ziehen vermag und seit je jedem sozialen Aufstieg der breiten Massen entgegensteht. Sie ist zugleich der geschworene Feind der Demokratie, wissend, daß diese Lebten Endes zum Arbeitervat und zur Vernichtung aller Klassenvorteile führen muß.

Mit der Entwicklung vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus verliert der Kapitalismus seine automatische Selbststeuerung. Die industriellen Monopole zerreißen die Steuerleite und das Schiff der Wirtschaft treibt steuerlos einem unabsehbaren Schicksal im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit und der volkswirtschaftlichen Wertevernichtung entgegen. Das Wort von der Wirtschaftsanarchie wird im Monopolkapitalismus buchstäbliche Wirklichkeit.

Gleichzeitig ist ein bemerkenswerter Wandel im Verhältnis von Staat und Wirtschaft festzustellen. Allgemein läßt sich ein Gesetz zunehmender Staatsfähigkeit beobachten. Nicht der Staat, wohl aber die Idee des Nachwächterstaates und die Lehre vom absterbenden Staat sind in das historische Museum abgewandert. Der Spannrahmen der staatlichen Zuständigkeiten erweitert sich ständig und der Staat gewinnt in gewaltigem Maße an Wirtschaftsschwere. Wirtschaftspolitik ist ein Teil der Regierungspolitik geworden. Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Staatspolitik rinnen ununterscheidbar ineinander. Der Staat ist die entscheidende Wirtschaftsschlachtage der Gegenwart und von der Kräfteverteilung im Staat hängt die Gestaltung der Wirtschaft grundlegend ab.

Der demokratische Staat muß dank der den breiten Massen in ihm zufallenden Macht in eine immer deutlicher herausstrebende Kampfstellung gegen die kapitalistische Wirtschaft ge-



A 83-3661

trieben werden, die immer ausschließlich vor dem Profitstreben einer ödlunen Kapitalistengruppe beherrscht wird. Damit wird der Staat aus einem Instrument der Unterdrückung zu einem Instrument sozialer Wirtschaftsgestaltung und allgemeiner Wohlfahrtförderung. Zu der alten Kampffront Arbeit gegen Kapital tritt die neue: Demokratischer Staat gegen kapitalistische Wirtschaft, wobei für die Arbeiterschaft die größeren Erfolgsschancen ohne Zweifel auf dieser neuen Front gegeben sind. So unerlässlich und bedeutsam der unmittelbar in der Sphäre der Wirtschaft geführte Kampf bleibt, heute siegt, wer die Gewichte des Staates in seiner Waagschale mit austiegen kann. Der Weg der Wirtschaftseroberung führt über die zuvor erfolgte Eroberung des Staates.

Es gehört zum Inhalt marxistischen Denkens, daß nichts von der historischen Wahrheit verdrängt wird, was nicht zuvor seine wirtschaftlich-gesellschaftliche Bedeutung einklasse. Auch Revolutionen können nur überständige Ultraopposizioni beseitigen, niemals erfüllte Wirklichkeiten. Der Befestigung des kapitalistischen Unternehmertums und der kapitalistischen Eigentumsordnung muß daher vorgehen der Verlust der „ökonomischen Schwere“, ein Prozeß, der zum größten Teil bereits abgeschlossen, zum Teil im schnellen Fortschreiten begriffen ist. Die Wirtschaftsentwicklung im Übergang zum Spätkapitalismus ist gekennzeichnet durch ein Funktionloswerden des Eigentums.

Das beginnt mit der Ablösung der Einzelunternehmung durch die gesellschaftliche Unternehmung und erlebt eine gewaltige Ausdehnung mit dem Aufkommen der Kartelle, Syndikate und Trustorganisationen im Monopolkapitalismus. Jetzt wird die einzelne Unternehmung unter Organisation gestellt, und das Syndikatsbüro drückt die Betriebsleitung herab auf untergeordnete Auftragsführung, die nach den Befehlen der Zentralstelle des Kartells zu vollziehen ist und die weder hinsichtlich der Produktionsgestaltung noch hinsichtlich der Absatz- und Preisgestaltung freie Hand läßt. Vor allem aber löst sich im Zetzen-der Weltgesellschaft die Leistungsfunktion von der Bestrafung. Die Unternehmungsführung geht auf Bezahlte, im Wege des Dienstvertrages herangezogene Organe über, auf Direktoren und nachgeordnete Hilfskräfte, denen gegenüber der Eigentümer auf die sich zunehmenden vergrößerten Funktionen der Erneuerung und Kontrollausübung beschränkt bleibt. Fassen die Arbeits- und Leistungsfunktionen im Wege einer automatischen Selbstaushebung gerauschos vom Eigentum ab, so kann die Mehrwertbezugsfunktion natürlich nur durch einen von außen kommenden Alt abgelöst werden, weil sich damit das kapitalistische Eigentum selbst aufhebt. Es ist die historische Funktion des Kapitalismus, das Eigentum bis an diese Schwelle heranzuführen. Die politische und juristische Ablösung des Eigentums zieht alsdann nur die leise Konsequenz aus einem durch die kapitalistische Entwicklung geschaffenen Talbestand.

Die schärfere Trennung von Verbrauchs- und Arbeits-eigentum auf der einen Seite, von kapitalistischem Profit- und Wertverteilungseigentum auf der anderen Seite nimmt dem Gedanken der Eigentumsenteignung und Eigentumsvergesellschaftung ohnehin seine Schrechhaftigkeit, nachdem jeder weiß, daß weder der Hof des Bauern noch die Stätte des Handwerkers noch der Laden des kleinen Händlers bedroht sind. Nur auf das wirtschaftliche Großeigentum, das keine volkswirtschaftliche Aufsicht mehr erfüllt, wird die Sozialisierung die Hand legen. Das aber ist jener Großbesitz, der sich immer wieder jedem sozialen Aufstieg der breiten Massen entgegenstellt, so den notwendigen sozialen Ausgleich verhinderte und zuletzt, nur um die Stunde seiner Klassenchance nicht zu verpassen, Deutschland dem Nationalsozialismus und damit dem Verderb auslieferete. Dieser Großbesitz ist aber heute gleichzeitig das stärkste Hemmnis für künftigen wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Da er die Wirtschaft nicht um ihrer selbst willen, sondern allein zum Zwecke der Verwertung betreibt, verhindert er die Umwandlung der bestehenden Marktwirtschaft in eine nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten planmäßig ausgerichtete Versorgungswirtschaft. Die Verstaatlichung der Großindustrie, der Großfinanz und Aussiedlung des Großgrundbesitzes sind aber auch notwendig, um der ökonomischen Ordnung des Staates ein sozialistisches Gepräge zu geben und um für alle Zukunft zu verhindern, daß ökonomische Macht in den Händen weniger Großkapitalisten zu politischer Macht wird. Die Entwicklung hat heute dazu geführt, daß der Bergbau, die Schwerindustrie, die Energiewirtschaft, das Verkehrsvesen sowie die Versicherungs- und Bauwirtschaft sozialisierungsfrei geworden sind. Daraus und aus den oben angeführten politischen Gesichtspunkten ergibt sich die Forderung auf Verstaatlichung dieser Wirtschaftszweige.

Aber auch in der übrigen Wirtschaft ist die Aufgabe gestellt, durch Schaffung einer vollkommenen Produktionsordnung die kapitalistische Wirtschaftnot zu überwinden. Mit der Preisgabe des Konturenprinzips tritt an die Stelle der Selbststeuerung eine von oben geführte Wirtschaftsführung, der jedoch die planmäßige Vereinheitlichung und die Ausrichtung auf das Gemeinwohl fehlen. Sie dient nicht wirtschaftlichen Gesamtinteressen, sondern der Überhöhung der normalen Profitrate um die dem schwächeren Abnehmer abgerungenen Monopolrente. Um diese aus dem Monopolkapitalismus herausgewachsene Wirtschaftsführung im Sinn einer höheren, die Versorgungsbedürfnisse der Gesamtheit besser befriedigenden Wirtschaftsweise zu aktivieren, muß sie erst schrittweise auf den Dienst an der Volksgesamtheit umgestellt werden. Die hier einzuhenden Bestrebungen können unter dem Begriff der Wirtschaftsbemühungen zusammengefaßt werden, deren Aufgabe darin besteht, diesen Prozeß in Fluss zu bringen, der mit der Sozialisierung und Überleitung in eine wirkliche, an den Versorgungsbedürfnissen der Gesamtheit

ausgerichtete Planwirtschaft seinen Abschluß und seine Erfüllung findet. Wirtschaftsdemokratie ist nicht mehr reiner Kapitalismus und noch nicht sozialistische Wirtschaft; sie ist Zwischenland zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Vorstufe der Sozialisierung und ihr Vorbereiter.

Parallel mit dieser Entwicklung geht ein zunehmender Einfluß der Arbeiterorganisationen und eine Ausdehnung der staatlichen Wirtschaftsführung und Wirtschaftskontrolle. Mit diesen Elementen sind die Bedingungen gegeben, aus deren Zusammenwirken Wirtschaftsdemokratie als möglicher und zugleich notwendiger Zustand der derzeitigen Wirtschaftsorganisation hervorwächst. Auf zwei Wegen hat man dabei zum Ziel vorzustossen: Ausdehnung der staatlichen Kontrollfunktionen über die Wirtschaft und zum anderen Demokratisierung der die Wirtschaftsführung repräsentierenden Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Die Wirtschaftsdemokratie gibt dem Volk das Recht der Mitbestimmung in einer doppelten Weise zurück: Neben den Staat aufgrund des allgemeinen Wahlrechts, sodann über die Zugehörigkeit zu einer Organisation, die berufen ist, an der Wirtschaftsführung mitzuwirken. Indem die Arbeiterschaft die ihr zufallenden Machtpositionen ausbaut und den alten neuen hinzugesellt, arbeitet sie an der Heraufführung der Wirtschaftsdemokratie. Ihre Aufgabe ist es, immer umfassender einzubrechen in alle monopolisierten Lebensbereiche, die Ausschließlichkeit ihrer Beherrschung durch die Kapitalmächte zu brechen, um sie auf das Gemeinwohl auszurichten.

Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie ist eine Machtfrage, eine Rechtsfrage und eine Bildungsfrage, die schwierigsten Probleme der Menschenauswahl und Menschenbildung einschließend. Es wird von der Macht der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen abhängen, ob sie der Rechtsordnung eine Gestaltung zu geben vermag, die den gesetzlichen Rahmen für die Aufgaben der Wirtschaftsdemokratie zur Verfügung stellt. Es ist eine Frage ihrer Fähigkeit und ihres geistigen Niveaus, ob und wieviel sie diesen Maßnahmen mit lebendigem Leben zu erfüllen versteht.

Während so die Wirtschaftsdemokratie der Weg ist, kapitalistische Wirtschaftsformen umzuwandeln und brauchbar zu machen für eine künftige sozialistische Gestaltung der Wirtschaft, stellen Handwerk und Bauernum Wirtschaftsformen dar, die aus vorkapitalistischer Zeit überkommen eine Existenz-jenseits der kapitalistischen Ausbeutungssphäre einnehmen. Handwerk und Bauernum stellen vor- und nachkapitalistische Wirtschaftsformen dar, deren Weiterbestand mit der Tatsache einer sozialistischen Wirtschaft durchaus vereinbar ist. Ja, wie ein Hochwald Buschwerk und niederes Gehölz in einem bestimmten Missfang für die eigene Existenz vorausseht, so bedarf auch die moderne Produktionswirtschaft in einem gewissen Missmaß der der Klein- und Mittelbetriebe. Für die Sozialdemokratische Partei gilt daher durchaus der Artikel 164 der Weimarer

Reichsverfassung, der dem Staat die Aufgabe stellt, den selbständigen gewerblichen Mittelstand in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überbelastung und Missbrauch zu schützen. Diese Forderung darf allerdings nicht dahin verstanden werden, daß durch extreme Zwangsmaßnahmen und einseitige Gunstgewährung eine Sitzungspolitik getrieben wird, die zu Lasten der Allgemeinheit geht. Aber man soll für sachliche Bildungsziele alle Mittel bereithalten, denn Bildungs- und Gewerbeleben sind die beiden aussichtsreichsten Waffen des Handwerks. Neben öffentliche Kredit erleichterung hinaus wird man den handwerklichen Genossenschaften Anleitung und fachmännischen Rat in allen betrieblichen und Kaufmännischen Fragen geben, denn das Handwerk leidet häufig nicht so sehr unter seiner technischen Rückständigkeit als vor allem unter seiner kaufmännischen Hilflosigkeit.

Vor allem aber leiden Handel, Handwerk und Bauernum unter dem Druck der durch die kapitalistische Ausbeutung erzwungenen Minderleistungsfähigkeit der breiten Massen, ebenso wie der Arbeiter selbst. Ein breiter Wohlfahrtsstrom wird auch die Fluren des Handwerks und der bürgerlichen Wirtschaften befriedigen, wenn an die Stelle der kapitalistischen Unterkonsumtion infolge kapitalistischer Arbeiterausbeutung der sozialistische Reichtum getreten ist. Alzu gut haben es bisher Großbesitz und Reaktion verstanden, den Bauern und Handwerker entgegen dem eigenen Klasseinteresse vor ihren Wagen zu spannen unter Missbrauch nationaler Karosse oder sonstiger Firmierungen. Gerade hier ist eine starke und tiefschürfende Aufklärung vorurdrückt, die diesen Schichten endlich die Augen öffnet und ihnen die wirklichen Kampfgefährten zeigt, die durch Ihren Sieg auch diesen bürgerlichen und handwerklichen Schichten den Weg zum Wohlstand und zu gesicherter Existenz anstelle der kapitalistischen Unsicherheit und Bedrohung eröffnen werden.

Mit der Darlegung der großen grundlegenden Programmpunkte sozialistischer Wirtschaftspolitik ist jedoch die Gesamtanfrage noch keineswegs gedeckt. Das wirtschaftliche Chaos, das die verschuldeten und verbrecherische Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches zurilgelassen hat, macht eine Reihe von wirtschaftlichen Sofortmaßnahmen notwendig, wenn wir überhaupt unsere nackte Existenz durch die nächsten Jahre hindurch retten wollen. Erforderlich ist ein wirtschaftliches politisches Gesamtprogramm mit dem Ziel der Wiederbelebung der produktiven Kräfte in der deutschen Volkswirtschaft, der Herstellung eines erträglichen Versorgungsstandes und ausreichender Beschäftigungsmöglichkeiten. Hierbei ist davon auszugehen, daß die Geschundung der Volkswirtschaft und der Wiederaufbau nicht in erster Linie von der Geld- und Finanzpolitik, sondern von der Meisterung der produktionspolitischen Aufgaben abhängen. Insbesondere müssen die bekannten Engpassse in der Rohstoffproduktion (Kohle), in der Energieversorgung und im Verkehrswesen überwunden werden. Wer das ist nur möglich,

wenn die Sachlieferungen an das Ausland wenigstens zeitweilig zurückgeschraubt und gewisse unentbehrliche Mindesteinführten aus dem Ausland Deutschland gegen erträgliche Exportleistungen zugestanden werden. Das aber geht den Wiederaufbau der deutschen Schwerindustrie voraus, die bei der von der Sozialdemokratischen Partei geforderten Aenderung der Wirtschaftsverfassung künftig nicht mehr ein gefährlicher Sot der Reaktion und Kriegsbedrohung sein wird, sondern unter sozialistischer Kontrolle wirtschaftliche Friedensaufgaben erfüllen wird. Um die Vollbeschäftigung zu erreichen, wird es notwendig sein, daß die deutschen Arbeiter möglichst bald als Lohnverdiener ihre Angehörigen selbst ernähren, also nicht als Kriegsgefangene beschäftigt werden.

Ohne Planung ist der Wiederaufbau der Wirtschaft unmöglich. Daher muß das kapitalistische zugunsten des sozialistischen Regulativprinzips aufgegeben werden. Es gilt hierbei, eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die sich nicht scheut, Wirtschaftsunternehmen, die für den Wiederaufbau und die Versorgung der Bevölkerung mit den unerlässlichen Bedarfsgütern unzureichend sind, stillzulegen und aus dem Wirtschaftsprozeß auszuschalten. Nur solchen Betrieben werden die verfügbaren Arbeitskräfte, die erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe sowie Verkehrsmittel und nicht zuletzt die benötigten Kredite zugeteilt, die lebenswichtige Versorgungsfunktionen erfüllen. Ohne eine solche sozialistische Gesamtsteuerung nach einem festen Wirtschaftsplan sind eine wirkliche Gesundung und ein Wiederaufstieg nicht zu erwarten. Innerhalb der nächsten Jahre werden notwendig die Fesseln der Wirtschaft eher enger angezogen als gelöst werden. Aber das ist die Voraussetzung, um dann nach dieser Frist die Nationierung der Nahrungsmitte und der Kleider erträglicher zu gestalten oder überhaupt aufzugeben, die Freizeitigkeit der Arbeit wiederherzustellen und eine menschentwürdigere Gestaltung der Arbeitsbedingungen durchzuführen und vor allem die Wohnungfrage einer befriedigenden Lösung näherzubringen. Gleichzeitig wird dadurch die Möglichkeit geschaffen, eine ausreichende soziale Fürsorge für die Opfer des Terrors, des Krieges und der Arbeit ins Leben zu rufen.

Neben den produktionspolitischen Aufgaben gilt es die Lösung schwieriger finanzpolitischer Probleme. Die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten 12 Jahre hat uns eine Reichsschuld und einen Geldumlauf hinterlassen, die nur in astronomischen Zahlen begriffen ausdrücklich erscheinen. Es ist das Ergebnis jener scheußlichen Wirtschaftspolitik der Nazizzeit, daß trotz äußerlicher Belebung der Wirtschaft tatsächlich der mögliche Überschuss der deutschen Volkswirtschaft auf Jahrzehnte hinaus unproduktiv verbraucht ist. In der Höhe der öffentlichen Verschuldung und des Banknotenumlaufs liegt eine akute Gefahr für unsere Währung. Die Sozialdemokratie schätzt den manchen Kreisen vielleicht bequem erscheinenden Weg einer Inflation grundsätzlich ab, ist dieser doch für die breiten Massen

des Volkes der Schrecken aller Schrecken, der auch den letzten verbliebenen Rest einstigen Wohlstandes zerstören und nur ein schmutziges Schieberium begünstigen würde. Da nun die vom Dritten Reich eingegangenen öffentlichen Verbindlichkeiten (Reichsanleihen und Reichsschuldenanweisungen) infolge der Zerstörung aller wirtschaftlichen Werte in Deutschland keine Deckung mehr besitzen, müssen Zinszahlung und Einlösung fälliger Titel bis auf weiteres ausgesetzt werden. Es wird eine spätere Regelung erstrebt, die von den künftigen Belastungen durch die Besatzungsmächte, von dem Erfolg der Wirtschaftsanierung und von dem Arbeitswillen der Bevölkerung abhängen wird. Sie muß eine individuelle, unter weitgehender Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte erfolgende Regelung sein. Unberücksichtigt bleibt der Reichsanleihebesitz der aktiven Nationalsozialisten und ihrer reaktionären Hintermänner, der Kraut- und Schlossbarone (Harzburger Front). Bekanntlich stellt das Gebiet des Gesetzlohs stets einen beliebigen Tummelplatz für alle Leute mit Patentlösungen dar, die meistens umso anspruchsvoller auftreten, je weniger sie von Sachkenntnis getrieben sind. Die Sozialdemokratie lehnt Experimente auf diesem Gebiet ab. Sie sieht im Steuersystem das Mittel, um den gegenwärtig bedrohend hohen Notenumlau auf eine wirtschaftlich tragbare Höhe zu senken. Der aus falscher Großmannssucht unterlassene Abschluß an die von Amerika ausgegangene Währungsabwertung des Jahres 1931 muß nachgeholt werden, d. h. der Dollar auf seinen alten Stand von 4,20 RM. herabgesetzt werden. Der Abschluß an die Abwertung des Dollars wird gleichzeitig den künftigen Abschluß an die Weltwirtschaft erleichtern.

Soweit über die von der Militärregierung beschlagnahmten und eingezogenen Vermögenswerte öffentlicher und privater Unternehmungen und aktiver Nationalsozialisten nicht anderweitig bestimmt wird, sollen diese Werte vom Staat für die Aufrechterhaltung der vertraglichen Ansprüche aus der Sozialversicherung und zur Versorgung der Kriegsversehrten verwandt werden. Zur Erfassung der Kriegsgewinne wird eine Vermögenszuwachssteuer vorgeschlagen. Letztere umfaßt den gesamten Vermögenszuwachs seit 1933 unter Aufhebung aller bisherigen, dem Großgrundbesitz, den Kartätschindustrien usw. gewährten Privilegien. Der Satz dieser Steuer, die vorzugsweise die Partei- und Kriegsgewinner treffen soll, muß konfiskatorisch sein. Für alle Vermögen von über 20 000 RM. wird eine Vermögensabgabe in Höhe von 50 Prozent vorgeschlagen. Mit einer weiteren Sondersteuer sind alle diejenigen Unternehmungen und Personen zu belegen, die das Glück gehabt haben, in den vergangenen Jahren von Kriegsschäden verschont geblieben zu sein.

Die Entschädigungssumme für Kriegsschäden wird sofort endgültig festgesetzt. Zu Höhe dieser Entschädigungssumme werden auf den Namen lautende, nicht übertragbare zinslose Rentenfaktate ausgestellt, die die Staatskasse nicht weiter belasten,

leblich bei Begleichung der Vermögenszuwachssteuer und der Vermögensabgabe in Zahlung genommen werden.

Zur Durchführung der geplanten Maßnahmen und zur Sanierung der Wirtschaft kann auf ein leistungsfähiges Bankwesen nicht verzichtet werden. Ohne die Hilfe der Reichsbank werden jedoch die Banken nicht in der Lage sein, den an sie gestellten Ausgaben gerecht zu werden. Da die Zinszahlungen bei den Melchsschulden ausgekehrt und Kriegsschäden ebenfalls ohne Auszahlung reguliert werden, ist mit einer weitgehenden Illiquidität zu rechnen. Andererseits häufen sich zu gleicher Zeit die finanziellen Bedürfnisse für die Neuerrichtung von Anlagen, für die Rüststellung der Betriebe auf Friedensproduktion, die Wiederaufstellung der Vorrausläger, Erneuerung und Ergründung der Anlagen usw. Der dadurch entstehende sehr hohe Kreditbedarf kann nur auf dem Wege produktiver Kreditschöpfung über die Banken gedeckt werden. Um eine inflationistische Auswirkung unter allen Umständen zu vermeiden, muß bei der Auswahl der Kreditsuchenden und bei der Höhe und Laufzeit der gewährten Kredite der strengste wirtschaftliche Maßstab angelegt werden.

Der Gedanke der Arbeit steht im Mittelpunkt des sozialistischen Lebens und daher auch im Zentrum unserer Wirtschaftsfordernungen. Die staatliche Organisation muß Mittel und Wege finden, um jedem Arbeit zulassen zu lassen, denn das Recht auf Arbeit ist das Grundrecht sozialistischer Wirtschaftsverfassung, gleichbedeutend mit dem Recht auf Dasein. Allerdings entspricht dem Recht auf Arbeit die Pflicht zur Arbeit. Wirtschaft ist die große Umschlagstelle, wo die Arbeit des Volkes zu seiner Versorgung wird. Arbeitslose sind immer ungenügender Vorratstreihum, Ausdruck einer Fehlorganisation. Wo keine Arbeit in die Wirtschaft gehumpft wird, kann kein Reichtum herauskommen. Arbeitsmöglichkeiten schaffen ist besser, als Renten ausstellen. Eine Staatsführung, die diese ihre Pflicht aus dem Auge lassen würde, handelt ohne soziales Verantwortungsbewußtsein. Ein riesenharter Bedarf ist vorhanden, ebenso stehen Rohstoffe und Arbeitskräfte zur Verfügung. Das muß zueinander gebracht werden, aber der Kapitalismus vermögt das Problem einer solchen Zusammenführung nicht mehr zu lösen. So ist daran festzuhalten, daß es sich bei der Neubeführung des Kapitalismus in den Sozialismus nicht primär handelt um eine andere und gerechtereVerteilung des heutigen Einkommenertrages, sondern um eine vollkommene Produktionsordnung von wesentlich erhöhtem Leistungsertrag. Es gilt nicht, die kapitalistische Vermut in anderer Weise aufzuteilen, es gilt zuvor, den Reichtum der sozialistischen Gesellschaft zu organisieren.

